



Niederschrift
über den öffentlichen Teil der 13. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Kreistages am 16.10.2014
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Friedhelm Helberg
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Willi Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Wilfried Behrens
Abg. Jürgen Borngräber
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Kurt Buck
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Lothar Cordts
Abg. Dr. Manfred Damberg
Abg. Manfred Dammann
Abg. Dirk Detjen
Abg. Angelika Dorsch
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Henning Fricke
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten
Abg. Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Hans-Joachim Jaap bis TOP 14
Abg. Marianne Knabbe
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber

Abg. Hartmut Leefers
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Uwe Lüttjohann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Gerhard Oetjen bis TOP 14
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen bis TOP 14
Abg. Helmut Ringe
Abg. Bernd Sievert
Abg. Ulrich Thiart
Abg. Thea Tomforde
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Heinrich Willenbrock
Abg. Christian Winsemann
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühning
KR Sven Höhl
KVD´in Heike von Ostrowski
KOAR´in Heike Jeß
Frau Ute Pommerien
VA Monika Trau
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Antje Buschmann
Abg. Jan-Christoph Oetjen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 10.07.2014
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Wahl einer/eines stellvertretenden Landrätin/Landrates
Vorlage: 2011-16/0868
- 7 Mentoring Programm "Politik braucht Frauen"; Vortrag der Gleichstellungsbeauftragten

- 8 Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2013
Vorlage: 2011-16/0830
- 9 Haushaltsüberschreitungen
 - 9.1 hier: außerplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung einer Feldküche
Vorlage: 2011-16/0864
 - 9.2 hier: Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 1.850.000 Euro im Teilhaushalt 5 - Jugend -
Vorlage: 2011-16/0863
 - 9.3 hier: Unterrichtung über Eilentscheidungen gemäß § 89 NKomVG
Vorlage: 2011-16/0865
- 10 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen
 - 10.1 hier: St.-Viti-Gymnasium Zeven
Vorlage: 2011-16/0833
 - 10.2 hier: Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0842
 - 10.3 hier: Frauenhaus Zeven
Vorlage: 2011-16/0866
- 11 Antrag der Kreistagsgruppe Rotenburg (Wümme), SPD – Bündnis 90/Die Grünen – WFB und der CDU/FDP-Gruppe im Rotenburger Kreistag vom 30.09.2014: Ausweitung der Krebsuntersuchungen des EKN
Vorlage: 2011-16/0867
- 12 Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Migration und Teilhabe“ beim Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0850
- 13 Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 30.06.2014 zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 20.12.2012
Vorlage: 2011-16/0824/1
- 14 Anfragen
- 15 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Helberg eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.

Der **Kreistagsvorsitzende** begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.
Die Abgeordneten Buschmann und J.-C. Oetjen fehlen entschuldigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Luttmann führt aus, der Abg. Fricke habe mit Schreiben vom 30.09.2014 einen Antrag an den Kreistag zu Vorsorgeuntersuchungen für Feuerwehrleute gestellt. Dieser Antrag sei erst am 08.10.2014 in der Kreisverwaltung eingegangen und hätte entsprechend der Geschäftsordnung für die heutige Sitzung berücksichtigt werden können, wenn er als Eilantrag bezeichnet gewesen wäre. Da dies nicht der Fall gewesen sei, werde der Antrag zur Beratung in der nächsten Kreistagssitzung am 17.12.2014, nach Vorbereitung im Ausschuss für Feuerschutz und Rettungsdienst am 28.11.2014 und im Kreisausschuss am 16.12.2014, vorgesehen.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 10.07.2014**

Landrat Luttmann weist darauf hin, dass die in der Niederschrift genannte Anlage zu Tagesordnungspunkt 33 für die Abgeordneten im Kreistagsinformationssystem abrufbar sei.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 10.07.2014 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 10.07.2014 sei der Kreisausschuss am 21.07., 24.09. und 09.10.2014 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Vertreter des Landkreises Rotenburg in der Gesellschafterversammlung der EVB Elbe-Weser GmbH, Zeven wird angewiesen
 - a) der beschriebenen Kapitalerhöhung und den dazu erforderlichen Satzungsänderungen zuzustimmen,
 - b) das Bezugsrecht für die Barkapitalerhöhung für Geschäftsanteile im Wert von 708.500 € (14,17 % von 5 Mio. €) nicht auszuüben.Der Landkreis Rotenburg (Wümme) strebt an, die kommunalen Anteile in der EVB weiterhin über 25 % zu halten. Hierzu wird der Landrat in den nächsten Wochen Gespräche führen.

Der Vertreter des Landkreises Rotenburg in der Gesellschafterversammlung soll darauf hinwirken, dass Beschlüsse der EVB-Gesellschafterversammlung, die gesellschaftsrechtlich einer 75 % Mehrheit bedürfen, weiterhin nicht gegen die Stimmen der Kommunen getroffen werden können.

2. Dem Antrag des DRK-Kreisverband Bremervörde zu einem vorzeitigen Maßnahmebeginn für den u. a. für Katastrophenschutz zwecke vorgesehenen Kauf des ehemaligen Betriebsgeländes der Fa. A.T.U. in Bremervörde, Gutenbergstraße/Ecke Wesermünder Straße wird zugestimmt.
3. Der Stadt Visselhövede wird für ihre Verkehrssicherheitsmaßnahme (Anschaffung von zwei Dialog-Displays für die Ortsdurchfahrt Drögenbostel) ein Zuschuss in Höhe von einem Drittel der Anschaffungskosten gewährt.
4. Die Stellungnahme des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Änderung und Ergänzung des LROP 2014 wird beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Zu der geplanten Rinderstallanlage in Visselhövede-Buchholz seien eine Mitteilungsvorlage und das Gutachten von Herrn Dipl.-Ing. Haverkamp als Tischvorlage verteilt worden.
2. Ebenfalls an die Abgeordneten verteilt worden sei die Antwort des Landesbergamtes (LBEG) zur Entschließung des Kreistages vom 10.07.2014 (TOP 24 der Kreistagssitzung: Anträge aus dem Bereich Erdgas- und Erdölförderung).
3. Eine Pressemitteilung des Landkreises zum Sachstand des Interessenbekundungsverfahrens im Rahmen der Restrukturierung der OsteMed Kliniken sei den Mitgliedern des Kreistages ebenfalls auf den Tisch gelegt worden.

Zu dem Gutachten zur Rinderstallanlage in Visselhövede-Buchholz fragt **Abg. Dr. Hornhardt**, aus welchem Grund dem Gutachter nicht der gesamte Verwaltungsvorgang übersandt worden sei und ein der Verwaltung vorliegendes Ergänzungsgutachten nicht weitergegeben wurde. Die Vorbelastung sei auch nach Ansicht des Gutachters ein wichtiger Aspekt und müsse geprüft werden. Die Immissionsbelastung um Buchholz liege bereits jetzt an der Grenze der zulässigen Werte. Insgesamt würden sich aus dem Gutachten noch viele Fragen ergeben. **Abg. Dr. Hornhardt** räumt ein, wenn der Bau der Anlage zulässig sei, bestehe ein Rechtsanspruch auf die Erteilung der Genehmigung. Sie sehe die Zulässigkeit aber nicht als gegeben an. Durch die Realisierung des Vorhabens würde die Ortschaft Buchholz auch in ihrer künftigen Entwicklungsfähigkeit eingeschränkt. Sie habe deshalb heute Akteneinsicht beantragt. Dazu bedürfe sie nach § 58 NKomVG der Unterstützung weiterer Kreistagsabgeordneter, um die sie sich bemühen werde.

Landrat Luttmann sagt eine Beantwortung der Fragen mit dem Protokoll zu.

(Antwort zum Protokoll: Die Kreisverwaltung hat dem Sachverständigen Herrn Dipl.-Ing. Haverkamp mit der Erteilung des Auftrages zur Überprüfung der Planung des Rinderstalles und der Biogasanlage in Visselhövede-Buchholz entsprechend des Kreistagsbeschlusses vom 10.07.2014 sämtliche Antragsunterlagen vorgelegt. In seiner Stellungnahme zur Plausibilitätsprüfung wirft der Gutachter auf Seite 5 in seinem Fazit zum Geruch die Frage nach zusätzlichen vorbelastenden Betrieben auf und merkt an, dass ggf. eine erweiterte Ausbreitungsberechnung durchzuführen wäre. Zur Klärung dieser Problematik hat dann der Antragsteller eine entsprechende Ergänzung des bereits von ihm vorgelegten Gutachters erstellen lassen. Wie bereits in der Mitteilungsvorlage zu TOP 5 der Kreistagssitzung vom 16.10.2014

erläutert, führt die dauerhafte Aufgabe eines bestehenden Tierhaltungbetriebes in Buchholz, zu der es im Zuge der Realisierung des Neubaus des Rinderstalles und der Biogasanlage kommen wird, zu einer deutlichen Reduzierung der Geruchsimmissionen in der Ortschaft. Auf eine erneute Beteiligung des Sachverständigen Herrn Dipl.-Ing. Haverkamp wurde verzichtet, da dessen Anregungen bei der Prüfung der Zulässigkeit des Vorhabens Berücksichtigung gefunden haben.

Die Genehmigung war zu erteilen, da die Voraussetzungen des § 6 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BlmSchG) erfüllt sind. Insbesondere hat der Antragsteller durch die Vorlage und Ergänzung entsprechender Gutachten nachgewiesen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 BlmSchG durch das beantragte Vorhaben nicht hervorgerufen werden.

Die Ergänzung des Gutachtens des Antragstellers vom 29.09.2014 wurde am 16.10.2014 auf elektronischem Wege sowohl der Abgeordneten Frau Dr. Hornhardt als auch den Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien und dem BUND zugeleitet. Dieses war ohne weitere Prüfung einer rechtlichen Anspruchsgrundlage möglich, nachdem der Bauherr auf Nachfrage der Weitergabe dieser Unterlagen zugestimmt hatte.)

Punkt 6 der Tagesordnung: **Wahl einer/eines stellvertretenden Landrätin/Landrates**
 Vorlage: 2011-16/0868

Kreistagsvorsitzender Helberg erklärt, der Kreistagsabgeordnete Gerhard Oetjen habe mit Wirkung zum 16.10.2014 seinen Rücktritt vom Amt des stellvertretenden Landrates erklärt. Der **Kreistagsvorsitzende** bedankt sich für die Wahrnehmung des Amtes durch den Abg. Oetjen in den vergangenen drei Jahren.

Abg. Petersen spricht dem Abg. G. Oetjen ebenfalls seinen Dank für die Wahrnehmung des Amtes aus. Nachdem die WFB-Fraktion nicht in der Lage sei, aus ihren Reihen einen Nachfolger zu stellen, werde nach Abstimmung in der Mehrheitsgruppe der Abg. Cordts zur Wahl als weiterer stellvertretender Landrat vorgeschlagen.

Auch **Abg. H.-G. Bargfrede** bedankt sich beim Abg. G. Oetjen für die stets neutrale Wahrnehmung des Amtes. Man sei von seinem Rücktritt überrascht gewesen, habe aber Verständnis für die Beweggründe. Den Vorschlag der WFB-Fraktion habe er zur Kenntnis genommen. Damit werde die stärkste Fraktion weiterhin nicht an den herausgehobenen Positionen des Kreistages beteiligt. Dies sei zwar legitim, aber ihm erscheine fraglich, ob dies auch klug sei. Die CDU/FDP-Gruppe werde sich bei der Wahl der Stimme enthalten.

Kreistagsvorsitzender Helberg erklärt, da nur ein Wahlvorschlag gemacht worden sei, könne offen abgestimmt werden.

Anschließend lässt der **Kreistagsvorsitzende** über den Vorschlag, den Abg. Cordts zu einem stellvertretenden Landrat zu wählen, abstimmen.

Nach dem Wahlvorgang stellt **Kreistagsvorsitzender Helberg** fest, dass der Wahlvorschlag die notwendige Mehrheit der Mitglieder des Kreistages erreicht habe und der Abg. Cordts zum stellvertretenden Landrat gewählt worden sei. Er fragt den Abg. Cordts, ob dieser die Wahl annehme.

Abg. Cordts erklärt, er nehme die Wahl zum stellvertretenden Landrat an und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Gleichstellungsbeauftragte Frau Pommerien stellt das Mentoring-Programm vor. Dieses parteiübergreifende Programm werde bereits zum fünften Mal durchgeführt. Die Programmidee sei, dass eine Mentorin bzw. ein Mentor sich für ein Jahr von einer Mentee im politischen Alltag begleiten lasse. Für die Teilnahme am Programm müssten Interessenten einen Anmeldebogen ausfüllen und bei der Gleichstellungsbeauftragten abgeben. Sie sei die Standortverantwortliche für dieses Programm für die Landkreise Rotenburg, Heidekreis, Osterholz und Verden. Frauen seien in den kommunalen Gremien nach wie vor unterrepräsentiert und auch im Kreistag betrage der Anteil nicht einmal 19 %. Zum Auftakt des Programms finde eine Veranstaltung im Januar 2015 in Hannover statt, anschließend gebe es drei Rahmenveranstaltungen und weitere Angebote an den regionalen Standorten. Bewerbungen müssten bis zum 01.11.2014 abgegeben werden, hieraus würden dann Tandems gebildet. Aktuell würden 12 Anmeldungen vorliegen, darunter von sechs Mentees.

Abg. Dr. Hornhardt erläutert ihre Vision von einem Tausch der Geschlechter im Kreistag. Das Resultat würde vermutlich auf die Männer befremdlich wirken, weil eine Hälfte der Gesellschaft nicht ausreichend vertreten wäre. Sie dankt der Gleichstellungsbeauftragten und besonders der vormaligen Nds. Sozialministerin Frau Ross-Luttmann für ihr Engagement für dieses Mentoring-Programm. Es bedürfe einer Willkommenskultur für Frauen in der Politik. Sie ruft die Fraktionen im Kreistag auf, jeweils drei Mentoren zu benennen.

Abg. Dorsch führt aus, sie nehme zum zweiten Mal als Mentorin an dem Programm teil. Sie bezeichnet dies als eine spannende Zeit, in der auch die Mentoren dazulernen würden. Frischer Zuwachs im Parlament wäre zu begrüßen. Sie ruft dazu auf, als Mentor bei dem Programm teilzunehmen.

Abg. Lienau erklärt, im Kreistag solle die gesellschaftliche Realität abgebildet werden, was aber nicht ganz der Fall sei. Es sei wichtig, junge Leute zu einem Engagement in diesem Bereich zu ermuntern. Nachdem der Landkreis als familienfreundlicher Betrieb zertifiziert sei, müsse auch das Parlament noch nachziehen. Hierbei denke er vor allem an familienfreundlichere Sitzungstermine.

Abg. Twesten ruft ebenfalls zur Teilnahme an dem Programm auf. Sie habe das Programm auf Landesebene mit auf den Weg gebracht. Leider sei die Resonanz bisher geringer ausgefallen, als bei der vierten Auflage des Programms. Insgesamt gehe das Interesse an einem kommunalpolitischen Mandat zurück. Für Frauen sei dies auch oftmals deshalb schwierig, weil sie nach der Elternzeit gerade die eigene Berufstätigkeit intensivieren würden. Deswegen rufe sie zum Mitmachen auf. Auch den Mentoren werde bei dem Programm viel zurückgegeben. Der Frauenanteil in den Parlamenten würde stagnieren.

Abg. Wölbern erklärt, aus der SPD-Fraktion würden die Abg. Brandt, Dorsch und er als Mentoren am Programm teilnehmen.

Landrat Luttmann sowie die **Abg. H.-G. Bargfrede, R. Borngreber, und G. Oetjen** verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender Helberg erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2013 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Landrat Luttmann sowie die **Abg. H.-G. Bargfrede, R. Borngräber, und G. Oetjen** nehmen wieder an der Sitzung teil.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 9.1 der Tagesordnung: **hier: außerplanmäßige Auszahlung für die Beschaffung einer Feldküche**
Vorlage: 2011-16/0864

Kreistagsvorsitzender Helberg weist auf den einstimmigen Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses hin.

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung für die Beschaffung einer Feldküche in Höhe von 34.100 € im Teilhaushalt 2 (Sicherheit und Ordnung), Produkt 12.6.01 (Brandschutz) unter Zeile 27 (Erwerb von beweglichem Vermögen) wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei den unter Zeile 27 veranschlagten Auszahlungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9.2 der Tagesordnung: **hier: Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 1.850.000 Euro im Teilhaushalt 5 - Jugend -**
Vorlage: 2011-16/0863

Beschluss:

Den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.850.000 € im Teilhaushalt 5 –Jugend- sowie deren Deckung laut Beschlussvorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9.3 der Tagesordnung: **hier: Unterrichtung über Eilentscheidungen gemäß § 89
NKomVG
Vorlage: 2011-16/0865**

Der Kreistag nimmt von den im Wege von Eilentscheidungen nach § 89 NKomVG zugestimmten Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen**

Punkt 10.1 der Tagesordnung: **hier: St.-Viti-Gymnasium Zeven
Vorlage: 2011-16/0833**

Beschluss:

Der Annahme der Zuwendungen vom Förderverein des St.-Viti-Gymnasiums Zeven laut Sitzungsvorlage wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10.2 der Tagesordnung: **hier: Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2011-16/0842**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Veränderungen zur Kenntnis und stimmt ihnen zu.
Der Annahme der Sachzuwendung im Wert von 7.491,00 € von der Fa. Siemens AG für die Berufsbildenden Schulen in Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10.3 der Tagesordnung: **hier: Frauenhaus Zeven
Vorlage: 2011-16/0866**

Beschluss:

Die Annahme der Zuwendung von 2.800,00 € vom Club der Soroptimistinnen Bremervörde / Zeven für das Frauenhaus Zeven wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsgruppe Rotenburg (Wümme), SPD – Bündnis 90/Die Grünen – WFB und der CDU/FDP-Gruppe im Rotenburger Kreistag vom 30.09.2014: Ausweitung der Krebsuntersuchungen des EKN**
Vorlage: 2011-16/0867

Landrat Luttmann weist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage hin, welche die von den Antragstellern eingereichte neue Formulierung des Antragstextes enthalte. Ebenfalls auf den Tisch gelegt worden seien Schreiben der Samtgemeinden Bothel, Fintel und Sottrum zur Ausweitung bzw. Intensivierung der Krebsuntersuchungen. Auch die Gemeinde Scheeßel habe eine entsprechende Initiative angekündigt.

Abg. Dorsch führt aus, der Antrag sei gemeinsam in der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung entwickelt worden. Dies sei ein positives Signal für eine interfraktionelle Arbeit. Der neu formulierte Antrag beinhalte eine kleinräumige Ausweitung der Untersuchungen. Dies sei auch ein Signal an die an die Samtgemeinde Bothel angrenzenden Kommunen, dass der Kreistag ein Interesse daran habe, Antworten auf die aufgetretenen Fragen zu erlangen. Es gehe auch darum, bei den Untersuchungen in der Samtgemeinde Bothel in die Tiefe zu gehen. Man müsse herausfinden, woraus die Häufung der Erkrankungen resultiere. Bei der Ermittlung der Ursache wären voreilige Festlegungen nicht hilfreich, auch wenn die Wahrscheinlichkeit groß sein könne, dass die Erdgas- bzw. Erdölförderung damit im Zusammenhang stehe. Das Landesbergamt sei ebenfalls intensiv mit der Untersuchung beschäftigt. Mit dem vorliegenden Antrag solle der Kreistag beschließen, die Untersuchungen auf die an Bothel angrenzenden Gemeinden auszuweiten, dabei sollte auch die Samtgemeinde Fintel berücksichtigt werden.

Auch **Abg. Leefers** betont, dass der vorliegende Antrag aus der Arbeitsgruppe hervorgegangen sei. Er habe früher großes Vertrauen in Fortschritt und Technik gehabt. Inzwischen sei er aber auch durch die Aktivitäten der Bürgerinitiativen darauf aufmerksam geworden, dass einige Dinge nicht in Ordnung sein könnten. Zur Arbeit in der Arbeitsgruppe mahnt er an, dass dabei alle Beteiligten an einem Strang ziehen müssten. Die Gesundheit der Bürger stehe an erster Stelle und deshalb dürften innerhalb der Arbeitsgruppe keine parteipolitischen Streitereien ausgetragen werden. Er sei erschrocken über die Untersuchungsergebnisse aus Bothel. Um Untersuchungsergebnisse für ihren Bereich zu erhalten habe, auch die Stadt Rotenburg einen Antrag gestellt. Er bittet um Unterstützung für den vorliegenden Antrag. Sein Appell laute, es geht um Menschen, nicht um Parteien.

Abg. Dr. Damberg unterstützt den vorliegenden Antrag. Er möchte aber wissen, warum die LINKE nicht bei den Antragstellern genannt werde. Schließlich sei er ebenfalls Mitglied in der Arbeitsgruppe.

Abg. Wölbern räumt ein, er habe es versäumt, auch die LINKE anzusprechen.

Abg. H.-G. Bargfrede begrüßt, dass der Antrag auf den Weg gebracht werde. Aber nach wie vor habe auch die Forderung Bestand, keine weiteren Fracking-Maßnahmen zuzulassen. Er fragt, wie es jetzt weitergehen solle, um zu Ergebnissen zu gelangen.

Landrat Luttmann erklärt, der Arbeitskreis würde in der nächsten Woche wieder zusammentreten. Das weitere Vorgehen, um vertiefende Ergebnisse aus Bothel zu erhalten, werde zur Zeit geprüft.

Abg. Twesten begrüßt die vorliegenden Anträge, auch aus den Gemeinden. Nach ihrer Ansicht sei dies ein regionales Problem, das auch die Landkreise Heidekreis und Verden betreffe. Deswegen müssten die Initiativen gebündelt werden, um mit diesem Anliegen beim Land Gehör zu finden. Nicht nur das Sozialministerium sowie das Wirtschafts- und Umweltministerium seien dort beteiligt, auch die Finanzen seien von Bedeutung. Es sei wichtig, dass neben den personellen Ressourcen im LBEG auch Finanzmittel zur Verfügung gestellt wür-

den, weil die Untersuchungen Geld kosten würden. Für die Durchführung der Untersuchungen würde vom Land ein Zeitraum von etwa 1 ½ bis 2 Jahren genannt. Es müsse gemeinsam parteiübergreifend daran gearbeitet werden, um etwas zu erreichen.

Kreistagsvorsitzender Helberg lässt über den als Tischvorlage verteilten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag Rotenburg (Wümme) spricht sich dafür aus, die kleinräumigen statistischen Auswertungen zu möglichen Häufungen von Krebsfällen um die Samtgemeinde Bothel herum auszuweiten. Die Gebietsfestlegung soll in Abstimmung mit dem dazu eingerichteten Arbeitskreis unter Beteiligung der Initiativen vor Ort und dem Fachpersonal des EKN erfolgen. Der Kreistag spricht sich weiterhin dafür aus, die Untersuchungen in der Samtgemeinde Bothel dahingehend zu vertiefen und zu konkretisieren, dass Aussagen zu den Ursachen der festgestellten Häufungen von Krebsfällen möglich werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	53
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Migration und Teilhabe“ beim Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2011-16/0850

Kreistagsvorsitzender Helberg weist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses hin.

Abg. J. Borngräber erinnert an die Mitte der 1990er Jahre als wegen der hohen Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge die Unterbringung in Containern und sogar in Zelten überlegt werden musste. Noch seien die damaligen Zahlen nicht erreicht, aber die Tendenz sei weiter steigend. Die Prognosen würden für Ende 2014 von ca. 200.000 Flüchtlingen in der Bundesrepublik ausgehen. Andere Landkreise hätten ebenfalls mit dem Problem umzugehen. In den Gemeinden werde dies mit unterschiedlichen Aktivitäten gehandhabt. Er habe angeregt, dieses Thema auf Landkreisebene im Ausschuss für das Jobcenter zu managen. Auch die Hauptverwaltungsbeamten sollten sich in der nächsten Zusammenkunft damit befassen. Er begrüße, dass die Kreisverwaltung das Thema nun mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle aufgreife. Damit werde deutlich, dass der Landkreis es mit einer Willkommenskultur für die Flüchtlinge ernst meine. Die Koordinierungsstelle dürfe aber nicht davon abhängig gemacht werden, dass eine Förderung vom Land bewilligt werde. Deshalb beantrage er, im Beschlussvorschlag den eingeschobenen Satz „vorbehaltlich richtliniengemäßer Förderung durch das Land Niedersachsen“ zu streichen. Wenn die Landesförderung ausfalle, solle der Landkreis eigene Mittel für die Finanzierung der notwendigen Personalstelle einsetzen.

Abg. H.-G. Bargfrede unterstützt den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung. Dies sei ein wichtiges Thema und werde immer dringender. Die Lage im Bereich der Unterbringung von Flüchtlingen sei in vielen Gemeinden angespannt. Auch im Landkreis sei die Zahl der Flüchtlinge von zur Zeit ca. 300 Personen weiter steigend. Mittlerweile hätten die Kommunen meist nur noch wenige Tage Vorlaufzeit, um sich auf die Unterbringung von neu ankommenden Personen einzustellen. Man dürfe die Gemeinden mit diesem Problem nicht allein lassen. Er stehe inhaltlich hinter dem Konzept, das von einer Arbeitsgruppe unter Be-

teilung von Fachleuten wie dem ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten des Landkreises erarbeitet werde. Dieses beinhalte u. a. die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber sowie die Ausbildung ehrenamtlicher Asylbegleiter. Den zahlreichen Personen im Landkreis, die sich bereits um die Integration der Flüchtlinge kümmern, gebühre Dank. Aber auch das Land dürfe nicht aus der Pflicht gelassen werden. Die Pro-Kopf-Kostenerstattung des Landes an die Kommunen sei zu niedrig und deshalb habe der Präsident des Nieders. Städtetages gefordert, diese an die in Nordrhein-Westfalen gezahlten Beträge anzupassen. Eine weitere Forderung sei, dass Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern oder bei Asylverfahren ohne Erfolgsaussichten in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes verbleiben sollten. Er stimme dem Beschlussvorschlag in der vom Fachausschuss und dem Kreisausschuss einstimmig zur Beschlussfassung empfohlenen Fassung zu und spricht sich gegen eine Streichung des Vorbehaltes der Landesförderung aus. Wenn keine Förderung erfolge, solle die Angelegenheit neu überlegt werden. Gegebenenfalls solle heute getrennt über die Streichung und dann über den Beschlussvorschlag abgestimmt werden.

Abg. Wölbern vertritt dagegen die Auffassung, die vorgeschlagene Streichung im Beschlussvorschlag bedeute keine Mehrbelastung für den Landkreis. Man solle die Einrichtung der Koordinierungsstelle nicht von der Gewährung einer Landesförderung abhängig machen. Alle Beteiligten müssten es mit der Hilfe für die Flüchtlinge ernst meinen.

Landrat Luttmann erklärt, bei voraussichtlichen Personalkosten von jährlich 60.000 Euro würde sich bei einem Wegfall der 50 %igen Landesförderung eine Mehrbelastung für den Landkreis von 30.000 Euro ergeben. Er bezeichnet es als unglücklich, wenn einstimmige Beschlussempfehlungen des Fachausschusses und des Kreisausschusses erst während der Kreistagssitzung geändert würden. Er werde dem Vorschlag des Abg. J. Borngräber nicht zustimmen.

Abg. Wölbern hält es für denkbar, die Arbeit der Koordinierungsstelle auch mit einer reduzierten Personalstelle zu beginnen. Er fragt nach der Beteiligung der in der Sitzungsvorlage genannten Akteure wie Integrationsbeauftragter, Jugendmigrationsdienst, Kooperative Migrationsarbeit.

Landrat Luttmann erklärt, der Kreistag solle heute die vorliegenden Eckpunkte des Konzeptes beschließen. Wenn sich danach eine Änderung bei der darin vorgesehenen Personalstelle ergeben sollte, müsste auch das Konzept neu beschlossen werden. Eine Diskussion hierüber hätte im Fachausschuss geführt werden sollen.

Abg. Brandt führt aus, im Jobcenterausschuss sei darauf hingewiesen worden, dass die vorliegenden Eckpunkte noch nicht das endgültige Konzept darstellen würden.

Abg. H.-G. Bargfrede meint, es solle wie in der Beschlussvorlage beschlossen werden. Er gehe davon aus, dass die Landesförderung bewilligt werde.

Kreistagsvorsitzender Helberg möchte wissen, ob für die Landesförderung ein Antrag des Landkreises notwendig sei.

Landrat Luttmann antwortet, nach den Landesrichtlinien sei ein solcher Antrag notwendig. Der Landkreis solle das Land nicht aus seiner Verantwortung entlassen.

Abg. J. Borngräber entgegnet, über den Antrag müsse inhaltlich noch im Fachausschuss beraten werden. Nach seiner Ansicht spreche nichts dagegen, heute den Beschluss zu fassen, die Koordinierungsstelle auch ohne eine Landesförderung einzurichten.

Kreistagsvorsitzender Helberg meint, wenn bis zum 01.01.2015 keine Entscheidung über die Landesförderung zu erwarten sei, lasse sich der Beschluss mit einem Vorbehalt ohnehin nicht umsetzen.

Landrat Luttmann führt aus, er gehe davon aus, dass eine Landesförderung erfolgen werde. Die Personalstelle könne mit dem Stellenplan 2015 eingerichtet werden. Ob bis zum 01.01.2015 bereits ein Bescheid des Landes vorliegen werde, könne er nicht sagen. Besetzt werden könne die Stelle erst nach der Genehmigung des Stellenplanes, voraussichtlich im Frühjahr 2015.

Abg. Lienau bezeichnet den heutigen Beschluss als ein wichtiges Signal. Die vorgeschlagene Änderung hält er nicht für so gravierend.

Abg. Wölbern erklärt, die Verwaltung könne weiter an der Konzeption arbeiten, unabhängig davon ob der Halbsatz beschlossen werde oder nicht. Wenn man sowieso davon ausgehe, dass die Landesförderung erfolgen würde, dann könnten die 60.000 € für Personalkosten

auch im Konzept bleiben. Es dürfe nicht passieren, dass die Koordinierungsstelle nicht eingerichtet werde, weil die Landesförderung ausbleibe.

Landrat Luttmann bezeichnet es als eine Stilfrage, eine einstimmige Empfehlung erst in der Kreistagssitzung zu ändern. Es hätte im Vorfeld genügend Zeit gegeben, sich in den Fraktionen auf einen einvernehmlichen Beschluss zu verständigen. Wegen der gravierenden Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderung im Beschluss halte er dieses Vorgehen für nicht in Ordnung.

Kreistagsvorsitzender Helberg lässt zunächst über den Antrag des Abg. J. Borngräber, im Beschlussvorschlag den eingeschobenen Satz „vorbehaltlich richtliniengemäßer Förderung durch das Land Niedersachsen“ zu streichen, abstimmen.

Diesem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Kreistagsvorsitzender Helberg schlägt vor, dem so geänderten Beschlussvorschlag noch den ergänzenden Satz „Ein Förderantrag wird unverzüglich gestellt.“ anzuhängen, und lässt über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich:

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) richtet zum 01.01.2015 eine Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe entsprechend den vorliegenden konzeptionellen Eckpunkten ein.
Ein Förderantrag wird unverzüglich gestellt.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 30.06.2014 zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 20.12.2012**
Vorlage: 2011-16/0824/1

Abg. Dr. Damberg trägt zunächst seinen Antrag im Wortlaut vor. Zum Zeitpunkt seiner Antragstellung habe es das Schwemer-Gutachten noch nicht gegeben. Deswegen habe er es als Unding empfunden, dass die Kreisverwaltung den Kreistagsbeschluss nicht umgesetzt habe. Das von der Verwaltung der Sitzungsvorlage beigefügte Schreiben des Innenministeriums solle vermutlich die Haltung des Landrates unterstützen, dies würde aber nichts nützen, weil das Versäumnis bereits geschehen war. Der Kreistag müsse dem Landrat zeigen, dass die Abgeordneten sich ein solches Verhalten nicht bieten lassen würden. Dies wäre auch ein Signal für die Bürger. Darüber solle ernsthaft nachgedacht werden.

Landrat Luttmann erklärt, die Beschlüsse des Kreistages würden von der Verwaltung unverzüglich umgesetzt, dies gelte auch für den Beschluss vom 20.12.2012. Das Gutachten von Prof. Dr. Schwemer habe die seinerzeit bereits bekannte Rechtslage noch einmal festgestellt.

Abg. Kullik meint, der Antrag habe pauschale Vorwürfe enthalten, die vom Antragsteller nicht belegt worden seien. Es sei darin keine Substanz zu erkennen gewesen, dies habe auch das Innenministerium so gesehen. Nur wenn konkrete Anträge gestellt würden, könnten diese eventuell unterstützt werden.

Abg. H.-G. Bargfrede bezeichnet die vom Abg. Dr. Damberg erhobenen Vorwürfe als Unverschämtheit. Es sei schwierig, mit solchen Anträgen sachlich umzugehen. Er macht in diesem Zusammenhang auch sein Unverständnis über einen Aufruf des Abg. Dr. Damberg deutlich, zum Besuch des Nieders. Umweltministers im Landkreis mit „Eiern und Tomaten“ zu erscheinen.

Kreistagsvorsitzender Helberg lässt über den Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 30.06.2014 abstimmen.

Dieser wird mit 1 Ja-Stimme, 51 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Bassen wirbt im Kreistag für die Teilnahme am Dorfwettbewerb. Die jüngste Bereisung des Ausschusses für den Dorfwettbewerb in das Golddorf Bohlsen im Landkreis Uelzen sei beeindruckend gewesen. Eine Teilnahme am Wettbewerb wirke sich positiv auf das Miteinander in den Dörfern aus.

Abg. Lienau fragt, ob beabsichtigt sei, die automatische Telefonansage der Landkreisverwaltung zu ändern. Darin wäre nur von „Mitarbeitern“ die Rede. Auch vor dem Hintergrund der heutigen Beratung zu TOP 7 sollte überlegt werden, dies zu aktualisieren.

Kreistagsvorsitzender Helberg unterbricht die Sitzung von 10.35 Uhr bis 11.10 Uhr.

Die **Abg. Jaap, G. Oetjen** und **Petersen** verlassen die Sitzung.

Abg. Lauber fragt, ob die Möglichkeit der Einsichtnahme für den BUND in das Gutachten zur Rinderstallanlage in Buchholz bereits geklärt sei.

Erster Kreisrat Dr. Lühring antwortet, das Umweltinformationsgesetz sei restriktiv. Der Antragsteller habe der Einsichtnahme zugestimmt, deswegen sei dies möglich.

Punkt 15 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Andreas Rathjens aus Groß Meckelsen bezieht sich auf das Schwemer-Gutachten zur Zuständigkeit bei der Erdgas- und Erdölförderung, wonach diese im Bereich des Immissionsschutzes zum Teil beim Gewerbeaufsichtsamt liege. Er fragt, ob der Landkreis bereits schriftlich mit dem Gewerbeaufsichtsamt Kontakt aufgenommen habe, um eine Beteiligung des Landkreises bei den Kontrollen des GAA bei künftigen Fackelarbeiten zu klären.

Herr Rathjens geht auch auf den Mailverkehr in der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung ein. Die Vorkommnisse würden auch bei den Betroffenen vor Ort auf Unverständnis stoßen und sollten unterbleiben.

Landrat Luttmann antwortet, das Schwemer-Gutachten habe die grundsätzliche Zuständigkeit des LBEG bestätigt. Lediglich in einigen Punkten, wie beim Immissionsschutz, sollte in Teilen das Gewerbeaufsichtsamt zuständig sein. Mittlerweile sei aber geklärt worden, dass das LBEG auch in diesem Bereich allein zuständig sei. Deswegen habe es auch keinen diesbezüglichen Schriftverkehr des Landkreises mit dem GAA gegeben. Das LBEG habe angekündigt, eine umfassende Analyse der Förderplätze in Niedersachsen vorzunehmen.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, beendet **Kreistagsvorsitzender Helberg** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer